

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 06 86 848 ppbn d



Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, erläutert die Rentenwende der Union: Von der Demagogie zum Debakel.

Seite 1

Magdalene Hoff MdEP begründet, warum das Europaparlament haushaltspolitisch die Notbremse gezogen hat.

Seite 3

Hans-Joachim Hoffmann MdB befürchtet, das Arbed-Saarstahl Präzedenzfall für den Niedergang der Stahlstandorte in der Bundesrepublik wird.

Seite 5

Dokumentation

Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, stellt das Umweltprogramm seiner Regierung vor.

Seite 6

38. Jahrgang / 208

28. Oktober 1983

Versackt

Renten unter Druck

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Aus der Rentendemagogie der 70er Jahre, gleichsam Starnummer der damaligen CDU-Opposition, wurde in diesem Jahrzehnt ein Rentendebakel liberal-konservativer Regierung. Einzige Konstante blieb der agitatorische Hang. Als 1972 für ältere und älter werdende Menschen grundlegende Verbesserungen ihres sozialen Status eingeführt wurden, war dies der CDU wenig oder gar nichts wert. Über 200 Milliarden DM, so schimpfte sie, blieben den älteren Menschen vorenthalten. Haarsträubende Berechnungen und Behauptungen mußten herhalten. So müsse man bei der flexiblen Altersgrenze nebenbei auch noch ein weiteres volles Gehalt verdienen dürfen, zwei Einkommen also. Bis vor das Bundesverfassungsgericht wurden wir gezerrt. Der Hang zur Demagogie war grenzenlos.

Später wurden dann der damalige Arbeitsminister und der Bundeskanzler als "politische Betrüger" durchs Land gehetzt, obwohl die Rentner in jenen Jahren einen sozialen Status hatten, wie sie ihn unter einer schwarzen Regierung nie wieder erreichen werden.

Jetzt hat die Regierung zum Juli 1984 an eine Anpassung von 1,3 Prozent angekündigt, den geringsten Anpassungssatz seit zwei Jahrzehnten. Für die älteren Menschen bleibt er weit unter dem zurück, was Lebenshaltung, Abgaben und Mieten mehr kosten werden. Vorausgegangen sind bereits Absenkungen des Rentenniveaus, erneute Verschiebung von Renten-anpassung und finessenreiche Eingriffe im Detail. Gleichzeitig soll ab Juli nächsten Jahres der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner steil ansteigen.

Und was hatte die sozialpolitische Truppe der Union versprochen? Mindestens dies:

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Friedlicher Umgang
mit unterschiedlichen
Anliegen und
Interessen



Wenn der Krankenversicherungsbeitrag steigt, dann sollen die unteren Renteneinkommen dabei besonders geschützt werden. Keine Versammlung ohne diese Zusage. Und jetzt?

Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung sollte stabilisiert werden. In Wahrheit aber werden die Finanzleistungen, die wegen hoher Arbeitslosigkeit an die Rentenversicherung zu zahlen sind, drastisch reduziert.

Eine Strukturreform der Rentenversicherung wurde zugesagt - erst zum Frühjahr, dann zum Herbst und jetzt zu 1987 oder später. Tricks also statt Glaubwürdigkeit.

Statt Strukturreformen, die der Stabilisierung von Finanzen und Zukunftsleistungen dienen, betreibt die Spitze des Bundesarbeitsministeriums eine ganz anders geartete Strategie. Sie benutzt jeweils aktuellen Finanzdruck auf die Rentenversicherung, um damit Jahr für Jahr in das Leistungsrecht und in die Alterssicherung einzugreifen: Wie eine Art Springprozession gegen soziale Sicherheiten. Ein demagogischer Gebrauch von Worten, ein oft dilettantischer Umgang mit sozialen Sicherungsinstitutionen und ein unverhohlener werdender Hang zum Eingriff in Sozialstaatlichkeit begleiten diesen Prozeß.

Die Rentenversicherung lebt von Generationsabläufen. Nur wenn sie diesem Charakter gemäß behandelt wird, bleibt auf sie Verlaß. Sonst droht Gefahr. Im Bundesarbeitsministerium aber hat sich ein Verhalten eingebürgert, bei dem Haushaltsjahr auf Haushaltsjahr Leistungen und Finanzgrundlagen zur Ader gelassen werden. Kein Wunder, daß angesichts dieser politischen Verhaltensweise die Rentenversicherungsträger für 1984 Liquiditätsgefahren befürchten. Der Verschiebebahnhof der amtlichen Politik entwickelt destabilisierende Züge.

Von sozialpolitischer Vorausschau oder gar Sozialplanung, die eigentlich dem Charakter eines sozialen Sicherungssystems entsprechen würden, ist nicht mehr die Rede. Die Prognosen in der Regierung widersprechen sich, die Ankündigungen ebenso und die Zahlen werden den Winkelzügen der Ressorts untergeordnet. Das ist schlimm für die soziale Sicherheit, unter der wir neben allem anderen stets auch verstanden haben, daß sie ein stabilisierendes Strukturelement demokratischer Gesellschaftsverfassung sein muß.

Kein Wunder auch, daß Blüms Konfrater Lamsdorff inzwischen die Empfehlung gibt, über ein "neues Verbände- oder Gewerkschaftsgesetz nachzudenken". So war das bei den Konservativen stets: Immer dann, wenn sie die breiten Schichten sozial und materiell unter Druck setzen wollten, dann haben sie auch darüber "nachgedacht", wie sie deren gesellschaftliche Organisationen und ihre Widerstandskraft malträtiertern konnten.

Eines ist allerdings bei dieser Unions-Wende von der Rentendemagogie bis zum Rentendebakel gleich geblieben, ihr Unterhaltungswert für die konservative Presse. Gewechselt hat nur die Kostümierung, gleichsam die Nummer: Früher Moritatensänger, heute eine Art Pausenclowns. Die Hauptvorstellungen aber, die eigentlichen politischen Entscheidungen also, sie sind für die Massen bedrückend. (-/28.10.1983/ks/va)

+ + +



Druck auf den Ministerrat

Das EP zieht in der Finanzkrise die Notbremse

Von Magdalene Hoff MdEP

Mitglied des EP-Haushaltsausschusses

Das EP hat am Donnerstag nach der Ersten Lesung des Haushaltsplan-Entwurfes für 1984 beschlossen, rund zwei Milliarden ECU (1 ECU = 2,40 DM) zu blockieren. Dabei handelt es sich um

- fünf Prozent der Agrarausgaben (825 Millionen ECU)
- 60 Millionen ECU aus dem Energiehaushalt und
- sämtliche Ausgleichszahlungen (60 Millionen ECU) an Großbritannien und die Bundesrepublik.

Die Auszahlung der Mittel wird von Entscheidungen des Ministerrats abhängig gemacht, die die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik einleiten, um mehr Spielraum für andere Aufgabenfelder zu gewinnen, und die die künftige Finanzierung der Gemeinschaft sichern. Dem Parlament geht es dabei nicht nur um die künftige Finanzierung der EG durch Erweiterung der Eigenmittel, sondern um die Schaffung von mehr Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Titeln. Im Hinblick auf den Athener Gipfel soll also Druck auf den Ministerrat ausgeübt werden, der durch seine Untätigkeit die die Existenz der EG bedrohende Finanzkrise zu verantworten hat.

Ursache für die Situation, in der sich die Gemeinschaft befindet, ist die Fehlentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit ihren negativen finanziellen Folgen, die den Rahmen der begrenzten Eigenmittel der Gemeinschaft sprengen. Schuld daran sind im besonderem Maße Rat und Kommission, die es bisher versäumt haben, rechtzeitig vernünftige ausgewogene Vorschläge zu machen und entsprechende Beschlüsse zu fassen, um eine Finanzkrise zu verhindern.

Die Beratungen des Haushaltes '84 haben gezeigt, daß in erster Linie die ungelösten Agrarprobleme immer stärker den Handlungsspielraum des Europäischen Parlaments einschränken. Bis zum Erreichen der Ein-Prozent-Grenze der Mehrwertsteuer besteht lediglich eine Marge von 556 Millionen ECU. Dieser Betrag, darauf hat auch EP-Präsident Dankert bei der Abstimmung über den zweiten Nachtragshaushalt bereits hingewiesen, kann vom Parlament nicht überschritten werden.

In diesem Zusammenhang muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß möglicherweise der Eigenmittelrahmen der Gemeinschaft bereits gesprengt ist. Das heißt, daß höchstwahrscheinlich die bisherigen Schätzungen der Kommission über Zölle, Agrarabschöpfungen und Mehrwertsteueranteil nicht korrekt waren.

Für diese Annahme sprechen Ausführungen von EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn in der Fragestunde des EP in dieser Woche sowie von Haushaltskommissar Christopher Tugendhat in der Haushaltsdebatte:

- Danach werden die im Haushalt und in den beiden Nachtragshaushalten für 1983 veranschlagten Mittel für die GAP nicht ausreichen, um die Agrarkosten dieses Jahres zu decken. Der Haushalt 1984 wird demnach mit Agrarkosten aus 1983 belastet werden, was haushaltsrechtlich fragwürdig ist.
- Tugendhat warnte das Parlament wegen nicht kalkulierbarer Agrarkosten für 1984 vor der völligen Ausschöpfung der Eigenmittel. Was für das Parlament eine nicht akzeptable Forderung ist, weil die in Rede stehenden 556 Millionen ECU vor allem für beschäftigungspolitische Maßnahmen und Entwicklungshilfe verwendet werden sollen.



Diese 556 Millionen ECU (im letzten Jahr waren es immer noch 700 Millionen ECU), sind weniger als zwei Prozent des gesamten Haushaltsvolumen. Sie reichen nicht aus um das zu finanzieren, was Kommission und Parlament und einige Redner als unbedingt vorrangige Aufgaben für die Entwicklung der Gemeinschaft genannt haben: nämlich

- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa
- die Bewältigung der Wirtschaftskrise
- die Bekämpfung des Hungers in der Welt
- eine gemeinsame Industrie- und Forschungspolitik
- vernünftige Strukturpolitik
- und eine Ausnahme von Spanien und Portugal in die Gemeinschaft.

Diese Politik ist mit Taschengeld nicht zu machen. Ein Vergleich mit den Haushaltsberatungen der letzten Jahre zeigt, daß das Parlament zunehmend handlungsunfähiger wird, wenn nicht endlich Reformen eingeleitet werden. Der Rat muß ein klares Konzept entwickeln. Andernfalls ist das Weiterbestehen der Gemeinschaft in Gefahr. Das Parlament kann nicht länger zulassen, daß die Reform der Agrar- und der Regionalpolitik weiter auf die lange Bank geschoben wird, denn sonst könnte es seinen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den Hunger in der Welt endgültig vergessen. Die Mittel werden nicht einmal mehr für die Kosten der Agrarpolitik ausreichen, die immer neue Überschüsse produziert und zudem Europa bei den Bürgern in Mißkredit bringt.

Hervorzuheben ist, daß wir Sozialisten nach wie vor den Schwerpunkt unserer Politik in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insbesondere von jugendlichen Arbeitnehmern und im Kampf gegen den Hunger in der Welt sehen. Wir begrüßen deswegen, daß der Haushaltsausschuß rund 150 Millionen ECU für Sozialpolitik und rund 128 Millionen ECU für Entwicklungshilfe beschlossen hat.

Daß die bereitgestellten Mittel für sozialpolitische Maßnahmen angesichts der Wirtschaftskrise nicht ausreichen, ist uns allen bewußt. Deshalb habe ich die Kommission noch einmal aufgefordert, die 64,5 Millionen ECU, die das Parlament im zweiten Nachtragshaushalt bereitgestellt hat, auch für Beschäftigungspolitik auszugeben. Sollte das im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr möglich sein, weil auch hier der Rat es versäumt hat, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen, dann müssen die Mittel gebunden und für diesen Zweck in den Haushalt 1984 übertragen werden.

(-/28.10.1983/ks/va)

* * *



Lambsdorffs unannehbare Politik

Arbed-Saarstahl: Opfer auf dem Altar der Ideologie

Von Hans-Joachim Hoffmann MdB

Im "Ersten Titel" der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) wird die "Steigerung der Beschäftigung" als Ziel formuliert und gefordert, "keine Unterbrechung in der Beschäftigung" zuzulassen. Dieses vertraglich formulierte Gemeinschaftsanliegen zerstört die Bundesregierung, indem sie jetzt Massenentlassungen in der Stahlindustrie fordert.

Dabei ist der Fall Arbed-Saarstahl nur exemplarisch - nicht aber eine einmalige Ausnahme.

Die Konsequenz aus diesem Fall wird sich sehr bald auf andere Stahlstandorte übertragen, weil erstmals unter dem Druck internationaler Staatssubventionen zugelassen wird, daß die Bundesrepublik unzumutbare Opfer auf dem Altar einer Ideologie erbringt.

Macht es wirklich einen Sinn,

- daß die betroffenen Stahlarbeiter zum Zweck der Verhinderung von Massenentlassungen extreme Lohneinbußen hingenommen haben,
- daß im Bereich Saarstahl über 30 Prozent Produktionskapazitäten und über 40 Prozent der Arbeitsplätze verloren gehen,
- daß alle wesentlichen Produktionsstufen, die zum Teil mutwillig von den Kapitaleignern über Jahre in die Veralterung getrieben wurden, mit öffentlichen Geldern modernisiert wurden oder werden (Kokerei, Sinteranlage, Roheisenphase, Blasstahlwerk, Stranggießverfahren, Walzstraßen),
- daß Rationalisierungsmaßnahmen sogar über die regionalen Grenzen mit bitteren Resultaten betrieben wurden,

und trotz all dieser Maßnahmen, Opfer und menschliche Betroffenheiten jetzt doch Massenentlassungen als ultima ratio von Bundesregierung und saarländischer Landesregierung verlangt werden?

Ich halte eine solche Politik nicht nur für technisch und betriebswirtschaftlich töricht. Sie ist darüber hinaus volkswirtschaftlich, regional- und arbeitsmarktpolitisch, besonders aber aus sozialer Verantwortung unannehmbar.

Die Bundesregierung muß sich endlich der Frage stellen, wie sie auf dauerhafte übermäßige Subventionierung der Partnerstaaten antwortet und ihrer politischen Verantwortung entspricht.

Unsere Position dazu ist klar:

1. Keine Massenentlassungen,
2. unvermeidbare Arbeitsplatzverluste nur über vorzeitige Pensionierungen,
3. Anstrengungen, alternative Arbeitsplätze zu schaffen (siehe unsere Programme in den Bereichen Energieproduktion und -einsparung, sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Personennahverkehr, Umweltschutzinvestitionen....)
4. Begrenzung betriebswirtschaftlicher Entscheidungsdaten durch volkswirtschaftliche und regionalpolitische Kriterien,
5. Umwandlung von Subventionen in staatliche Beteiligung und damit unmittelbare Mitentscheidung,
6. Diskussion über die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Mitbestimmung von Investitionsentscheidungen.

Alle Regionen, nicht nur die jetzt betroffenen, werden erkennen müssen, daß sie diesem Präzedenzfall widerstehen müssen.

(-/28.10.1983/ks/va)

DOKUMENTATIONDas Umweltprogramm der Regierung Rau

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hat am 27. Oktober ein Umweltprogramm vorgestellt. Der SPD-Pressedienst dokumentiert die Erläuterungen des Ministerpräsidenten leicht gekürzt:

"Das Umweltprogramm geht von dem Grundsatz aus, daß nur das ökologisch Vertretbare auf Dauer auch ökonomisch sinnvoll ist. Mit anderen Worten: Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze sind langfristig nur zu sichern, wenn ökonomische Entscheidungen stärker unter Umwelt-Gesichtspunkten getroffen werden. Ganz plastisch: Nur umweltschonende Kohlekraftwerke sichern die aus energiepolitischer Sicht unabdingbare Kohlevorrangpolitik.

In dem Maßnahmenkatalog zeigen wir konkret auf, was die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode in eigener Verantwortung tun will und welche Initiativen wir im Bundesrat ergreifen wollen: Es ist zusammengerechnet ein Bündel von 67 Maßnahmen, die von einem Aktionsprogramm gegen das Waldsterben bis zur Umweltverträglichkeitsprüfung reichen. Eingriffe in den Naturhaushalt, die zu nicht mehr behebbaren oder ausgleichbaren Schäden führen, sind von vornherein auszuschließen.

Für die Landesregierung sind Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung gleichrangige Ziele, zwischen denen im Einzelfall abgewogen werden muß. Das schließt nicht aus, daß als Folge von umweltpolitischen Maßnahmen vorübergehend auch Arbeitsplätze verloren gehen. Auf der anderen Seite schaffen jedoch neue, umweltfreundliche Verfahren neue Arbeitsplätze, tragen zur Stabilität der Arbeitsmarktsituation bei und sichern weiteres Wirtschaftswachstum, zumal es sich hier um Bereiche mit hohem Innovationspotential handelt. Im Vordergrund unserer politischen Anstrengungen wird auch in den kommenden Jahren die Luftreinhaltepolitik stehen.

Wir haben deshalb eine Reihe von Sofortmaßnahmen beschlossen, die im Aktionsprogramm gegen das Waldsterben zusammengefaßt sind.

Altanlagen umrüsten

Die Landesregierung wird im Bundesrat eine Schadstoff-Ausgleichsabgabe und die Einführung eines Waldpfennigs beantragen. Damit soll erreicht werden, daß alte Kohlekraftwerke schneller umgerüstet werden.

Eine entsprechende Schadstoff-Ausgleichsabgabe soll erhoben werden:

- Bei Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, und ferner mit dem Ziel,
- die Einhaltung der gegenüber den Behörden erklärten Fristen nach Maßgabe der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zu gewährleisten,
- mögliche Verzögerungen durch die Inanspruchnahme des Rechtsweges zur Durchsetzung von Ausnahmeregelungen ökonomisch unattraktiv zu machen.

Diese Vorschläge empfiehlt das Sondergutachten Waldschäden und Luftverunreinigung des Sachverständigenrates für Umweltfragen vom Frühjahr diesen Jahres ausdrücklich. Die Landesregierung wird darüber hinaus prüfen, ob zur Verkürzung der Restnutzungsdauer die Ausgleichsabgabe ebenfalls erhoben wird. Unverzichtbare Voraussetzung dafür wäre ein angemessenes Angebot zur Investitionsförderung aus dem Aufkommen des Waldpfennigs.

Das Aufkommen aus der Schadstoff-Ausgleichsabgabe soll vorrangig als Zuschuß für Investitionen in Kraftwerken eingesetzt werden, die Luftreinhaltemaßnahmen vor Ablauf der in der Großfeuerungsanlagenverordnung gesetzten Fristen und über ihre Grenzwerte hinaus greifen.



Der Waldpfennig soll von allen Elektrizitätserzeugern erhoben werden. Dies kann zu einer Vertauierung des Stroms führen und belastet damit letztlich alle Verbraucher. Mit dem Aufkommen sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes im gesamten Elektrizitätsbereich finanziert werden. Das heißt konkret ebenfalls vor allem beschleunigte Umrüstung alter Kohlekraftwerke.

Wir glauben, daß die Bürger bereit sind, einen Waldpfennig zu zahlen, denn wir wollen alle gemeinsam den Wald retten. Wir können aber auf die Kohle zur Stromerzeugung nicht verzichten, da Kohle die einzig sichere nationale Energiequelle ist.

Konsequente Umsetzung der Großfeuerungsanlagenverordnung

Die Landesregierung hat eine Koordinierungsstelle zur konsequenten Durchführung der Großfeuerungsanlagenverordnung eingerichtet. Sie will damit den beschleunigten Vollzug der Verordnung erreichen.

Änderung Bundesimmissionsschutzgesetz

Wir werden im Bundesrat Änderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes beantragen. Ziel dieser Initiative ist es, die Eingriffsmöglichkeiten zur Immissionsminderung bei Altanlagen zu verbessern (Paragraph 17 Bundesimmissionsschutzgesetz). Hier geht es um das Problem, wann Umrüstungsmaßnahmen noch wirtschaftlich vertretbar sind.

Passive Schutzmaßnahmen

Um dem Wald schnell und jetzt zu helfen, brauchen wir auch passive Schutzmaßnahmen.

Ich nenne die wichtigsten:

- Düngung als Übergangshilfe in geeigneten Waldgebieten,
- Beseitigung von kranken und absterbenden Bäumen,
- vorbeugende Bekämpfung der Borkenkäfer,
- Bekämpfung akut auftretender Schädlinge,
- Holzkonservierung.

Energiesparen

Eine offensive Strategie zur Begrenzung der Luftverschmutzung bleibt das Energiesparen. Die Formel bleibt richtig: Ein geringerer Energieeinsatz bedeutet auch eine geringere Umweltbelastung. Gerade in dichtbesiedelten Gebieten verursachen private Heizungsanlagen stellenweise bis zu 40 Prozent der Schwefeldioxidbelastung. Die Landesregierung wird deshalb ihre Politik des konsequenten Ausbaus der Fernwärme fortsetzen. Der Innenminister wird so bald wie möglich ein Gesetz zum Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme vorlegen.

Bleifreies Benzin

Die Landesregierung begrüßt, daß nun auch die Bundesregierung mit Wirkung vom 1. Januar 1986 bleifreies Benzin einführen will, wie ich es schon im Frühjahr im Bundesrat gefordert hatte. Die Landesregierung ist notfalls auch für einen nationalen Alleingang. Zugleich wird die Landesregierung aber darauf drängen, daß nicht nur Abgasregelungen für Neufahrzeuge erlassen werden, sondern Altfahrzeuge weniger Schadstoffe ausstoßen.

Krebsregister

Wegen der vermutlichen Zusammenhänge zwischen Luftverunreinigung und Krebserkrankungen werden wir im Landtag ein Krebsregistergesetz einbringen.

Örtliche Energieversorgungskonzepte

Eine Projektgruppe wird in Zusammenarbeit mit kommunalen Vertretern ein Raster für örtliche Energieversorgungskonzepte ausarbeiten. Diese Anleitung soll als Hilfe für die Gemeinden herausgegeben werden.



Landesimmissionsschutzgesetz

Die Landesregierung wird eine Novelle zum Landesimmissionsschutzgesetz vorbereiten, um die Voraussetzungen für eine effektivere Lärmbekämpfung zu schaffen (Lärminderungspläne).

Freiräume schonen

Die bestehenden Freiräume müssen erhalten, geschont und in Einzelfällen wieder hergestellt werden. Das bedeutet

- weniger neue Bauflächen,
- keine Bebauung besonders kritischer Räume,
- Nutzung brachliegender Industrie-, Zechen- und Verkehrsflächen (Flächenrecycling),
- Rekultivierung von Tagebauen und Abgrabungsflächen. Das Instrument des Grundstücksfonds Ruhr soll auf das gesamte Land ausgedehnt werden.

Landschaftspläne

Die Landesregierung tritt dafür ein, daß die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorausschauend und systematisch verwirklicht werden. Dazu dienen die rund 400 vorgesehenen Landschaftspläne, von denen derzeit 175 bearbeitet werden. Leider sind erst zehn Pläne genehmigt. Das muß schneller vorangehen. Deshalb werden wir die kreisfreien Städte und Kreise und die Planungsbeteiligten anhalten, Widerstände aus dem Weg zu räumen.

Naturschutz

Wir bereiten eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vor. Damit wollen wir vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten besser schützen. Wir wollen im Land weitere Naturschutzgebiete festlegen. Langfristig streben wir an, drei Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen.

Die Landesregierung hat im Haushalt 1984 für den engeren Bereich des Umwelt- und Naturschutzes Mittel von rund 870 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Das sind 9,6 Prozent mehr als in diesem Jahr. Wenn man allerdings Umweltschutz weiter faßt und zum Beispiel Radfahrwege oder Ortsumgehungen dazurechnet, kommen wir auf über drei Milliarden Mark. Die Landesregierung läßt sich mit dem Umweltprogramm Nordrhein-Westfalen beim Wort nehmen. Sie wird dieses Programm in den nächsten Monaten anpacken und umsetzen. Niemand darf jedoch erwarten, daß in allen Bereichen mit schnellen Erfolgen zu rechnen ist. Schäden, deren Ursachen Jahre zurückreichen, vielleicht sogar Jahrzehnte, können nicht von heute auf morgen behoben werden. Es liegt auch nicht allein in der Macht des Landes, die zur langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen." (-/28.10.1983/ks/va)

+ + +

